Bundesrat **Drucksache 918/02 (Beschluss)**

14.02.03

Beschluss
des Bundesrates

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an das Europäische Parlament und den Rat über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, die Qualität der statistischen Daten zur öffentlichen Haushaltslage zu verbessern

KOM(2002) 670 endg.; Ratsdok. 14995/02

Der Bundesrat hat in seiner 785. Sitzung am 14. Februar 2003 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

Der Bundesrat

- unterstützt grundsätzlich das Ziel der Kommission, zu einer Verbesserung der Qualität der notwendigen statistischen Daten zur öffentlichen Haushaltslage zu gelangen.
- stellt fest, dass die Vorschläge der Kommission zu zusätzlichen Verfahren führen, die beträchtliche Mehrbelastungen in den Mitgliedstaaten zur Folge hätten, und zwar auch für jene Mitgliedstaaten, deren statistische Verfahren und Methoden bereits den geforderten Standards entsprechen.
- hält die mit der Umsetzung der vorliegenden Vorschläge verbundene Ausweitung der Kompetenzen und die Schaffung einer faktisch unangreifbaren Position von Eurostat für problematisch. Hier sollte eine angemessene Beteiligung der Mitgliedstaaten, insbesondere der Experten aus den statistischen Ämtern, angestrebt werden.
- bittet die Bundesregierung, im weiteren Verfahren dafür zu sorgen, dass der Kodex so gestaltet wird, dass die zusätzlichen Belastungen auf ein vertretbares und unbedingt notwendiges Maß zurückgeschraubt werden.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946